

*An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
LAbg. Mag. Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 15. September 2025

SELBSTÄNDIGER ANTRAG

**der Landtagsabgeordneten KO Ing. Norbert Hofer, Michelle Whitfield,
Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend
„automatische Inflationsanpassung sämtlicher Sozialleistungen und Zuschüsse
des Landes Burgenland“**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend „automatische Inflationsanpassung sämtlicher Sozialleistungen und Zuschüsse des Landes Burgenland“

Das Land Burgenland unterstützt seine Bürgerinnen und Bürger durch eine Vielzahl von Sozialleistungen und Zuschüssen darunter Mietbeihilfe, Heizkostenzuschuss, Fahrtkostenzuschuss sowie weitere Unterstützungen für Familien, Pensionistinnen und Pensionisten und Menschen mit geringem Einkommen.

Diese Leistungen sind für viele Haushalte eine unverzichtbare Entlastung. In Zeiten hoher Inflation verlieren sie ohne regelmäßige Anpassung jedoch rasch an Wert. Der eigentliche Zweck, die soziale Abfederung von Belastungen, wird dadurch nur eingeschränkt erreicht.

Auf Bundesebene wurde 2023 eine Valorisierung zahlreicher Sozialleistungen eingeführt, darunter auch die Familienbeihilfe. Doch nun hat die Bundesregierung beschlossen, diese automatische Anpassung ab 2026 wieder auszusetzen. Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag oder Karenzgeld bleiben in den Jahren 2026 und 2027 nominell eingefroren, trotz steigender Preise. Das bedeutet für Familien in ganz Österreich einen spürbaren Kaufkraftverlust und ist ein sozialpolitischer Rückschritt.

Gerade in dieser Situation soll das Burgenland bewusst einen besseren Weg einschlagen: durch eine dauerhafte, verlässliche und nachvollziehbare Inflationsanpassung sämtlicher Landesleistungen. Damit wird sichergestellt, dass Unterstützungen ihre Wirkung behalten und die Menschen nicht Jahr für Jahr real weniger Hilfe erhalten.

Eine automatische Valorisierung würde:

- die Kaufkraft der Zuschüsse sichern,
- für Transparenz und Planungssicherheit sorgen,
- den bürokratischen Aufwand von Einzelentscheidungen reduzieren
- und ein modernes, gerechtes System schaffen, das sich klar von der unsozialen Bundespolitik abhebt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sämtliche vom Land Burgenland gewährten Sozialleistungen und Zuschüsse sowie vergleichbare Unterstützungsleistungen künftig automatisch an die jährliche Inflationsrate angepasst werden,
- die Anpassung jeweils im ersten Quartal eines Jahres auf Basis der Inflationsrate des Vorjahres vorzunehmen,
- dem Landtag nach zwei Jahren einen Bericht über die Umsetzung, die budgetären Auswirkungen und die Wirkung dieser Maßnahme vorzulegen.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Finanz-, Budget-, und Haushaltsausschuss zuzuweisen.